

# Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.  
Bezugspreis M. 4.80 vierteljährlich, M. 1.60 monatlich.  
Nicht ins Haus geliefert; durch die Post im innerdeutschen  
Verkehr M. 4.05 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren  
Raum 20 Pfg., mindestens 30 Pfg., Reklamazeilen  
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenaufnahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenaufnahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstraße 99, in Calmbach durch die Anzeiger.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. Fernsprecher Nr. 22.

Nr. 38

Montag, 16. Februar 1920

Jahrgang 54

## Frankreichs wirt. chaotische Lage.

Nach der Mitteilung des Pariser „Matin“ betrug die Gesamtschuld Frankreichs am 31. Dezember 1919 rund 238,5 Milliarden Franken. Der jährliche Zinsendienst dafür stellt die Summe von 9 Milliarden 385 Millionen dar, davon 2 Milliarden 970 Millionen allein für die äußere Schuld. Diese Gesamtschuld setzt sich zusammen aus: Innere Gesamtschuld 176 103 833 050 Franken, äußere Gesamtschuld 62 370 300 000 Franken.

Der schwere Tribut, den Frankreich an das Ausland zu entrichten hat, verschärft sich aber noch durch das Sinken des Frankenkurses. Der „Matin“ bemerkt: „Unser Franken gilt in New York, London, Genf und Madrid kaum noch 40 v. H. seines Nennwertes. Der jährliche Zinsendienst der auswärtigen Schuld stellt also in Wirklichkeit eine bedrückende Jahresausgabe von 8 Milliarden Franken nach dem jetzigen Kursstand dar.“ Und im Innern sieht das Blatt die Lage kaum besser: „Der Ausfuhrhandel bleibt im Jahr 1919 um 21 Milliarden hinter der Einfuhr zurück; die landwirtschaftliche Erzeugung beträgt fast nur halb soviel wie vor dem Krieg, 48 Millionen Zentner Getreide im Jahr 1919, gegen 88 im Jahr 1913; eine Klein- und großgewerbliche Erzeugung, die gelähmt ist durch die Beschädigungen in den Nordprovinzen, deren Wiederherstellung nach den jüngsten Schätzungen des ehemaligen Ministers Loucheur mehr als 60 Milliarden Franken erfordert. Schließlich ein Bedarf für den Staatshaushalt 1920 im Betrag von 47 Milliarden, davon 22 Milliarden für Ruhegehälter und Beschädigungen, die theoretisch von Deutschland zu zahlen sind, die wir aber vorziehen. Das ist die tatsächliche Bilanz, vor der wir stehen. Wirtschaftliche Krise, finanzielle Krise. Keines der Länder, die unmittelbar oder mittelbar in den Krieg hineingezogen wurden, entgeht ihr, keines ist schmerzlicher, tiefer und ungerechter getroffen, als Frankreich.“ Die so gekennzeichnete Lage zu verbessern, schreibt der „Matin“ nicht vor dem Vorschlag zurück: um von den Verbündeten, namentlich von Amerika, die nötigen Kapitalien zu erhalten, müsse Frankreich für eine bestimmte Zeit gewisse Quellen des Nationalvermögens verpfänden, wobei er auf die Bodenschätze, oder sogar auf Zoll- oder Steuereinnahmen hinzuweisen scheint. Des auffordernden Charakters eines solchen Vorschlags wohl bewußt, fügt der „Matin“ hinzu: „Schon der Gedanke, daß wir, wenn auch nur zeitweilig, einige Teile unseres Nationalbesitzes verpacken könnten, um durch diese sicheren Bürgschaften die nötigen Kapitalien zu erlangen, wirkt im ersten Augenblick abstoßend auf die am Ueberlebensfragen hängende französische Art. Eine gemischte Lösung, um diese berechtigten Empfindlichkeiten zu schonen, würde darin bestehen, diese zeitweiligen Verpfändungen zu ersetzen durch Hypothekendarlehenbriefe, sei es auf den Grundbesitz, sei es auf die Staatsgüter.“

Das ist also die wahre Lage Frankreichs nach dem Sieg! Sie vor aller Welt aufzudecken, mag dem französischen Nationalstolz schwer genug fallen. Hätten die Regierenden auch nur einige Voraussicht gehabt, wie ganz anders, zugunsten ganz Europas, konnten die Friedensverhandlungen verlaufen! Aber Herr Clemenceau mag alle möglichen staatsmännischen Eigenschaften haben, das Verständnis für wirtschaftspolitische Zusammenhänge ist ihm nie eigen gewesen. Das ist inzwischen auch von seinen ernüchterten Bewunderern zugegeben und beklagt worden. Und es hätte nicht einmal eines besonders hohen Maßes davon bedurft, um eine über alle nationalen Empfindlichkeiten sich immer deutlicher abzeichnende finanzielle und wirtschaftliche Interessengemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland zu erkennen.

## Die Besoldung der Reichswehr.

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht aus dem Etat die neue Besoldung der Reichswehr. Die Reichswehr zerfällt in 13 Besoldungsgruppen, und zwar erhalten Mannschaften 7800 bis 11 700 Mark, Unteroffiziere 8250 bis 12 300 Mark, Feldwebel 8700 bis 13 050 Mark, Oberfeldwebel, Unterärzte 9300 bis 13 950 Mark, Leutnants bis zum vierten Dienstjahre 11 700 bis 16 800 Mark, Leutnants mit mehr als vier Dienstjahren 12 600 bis 18 150 Mark, Oberleutnants, Assistenzärzte, Oberärzte, Veterinäre, Oberveterinäre 13 500—19 000 Mark, Hauptleute, Kapitänleutnants, Stabsärzte, Stabsveterinäre bis

zum vierten Dienstjahre 14 250 bis 20 550 Mark, dieselben mit mehr als vier Dienstjahren 15 000 bis 21 750 Mark, Majore, Korvettenkapitäne, Oberstabsärzte, Oberstabsveterinäre bis zum vierten Dienstjahre 18 000 bis 25 500 Mark, dieselben mit mehr als vier Dienstjahren 18 750 bis 27 000 Mark, Oberstleutnants, Fregattenkapitäne, Generaloberärzte, Generaloberveterinäre 20 250 bis 29 250 Mark, Obersten, Kapitäne z. S., Generalärzte, Generalveterinäre 25 500 bis 34 500 Mark, Generalmajore, Konteradmirale, Generalfeldärzte, Generalstabsveterinäre 45 000 Mark, Generalleutnants, Vizeadmirale, Chef der Heeresleitung, Chef der Admiralität 60 000 Mark. Zu diesen Bezügen kommen bei Vorhandensein von Kindern noch Kinderzulagen hinzu. Für die Zukunft soll bei Mannschaften und Unteroffizieren bei Bewährung freier Beköstigung usw. ein noch bestimmender Betrag auf die obigen Bezüge in Anrechnung gebracht werden. Die Offiziere sollen außer den erwähnten Bezügen noch eine festzusetzende steuerfreie Bekleidungsentschädigung und im Fall der Erkrankung freie ärztliche Behandlung erhalten.

## Bitte der Kriegsbeschädigten.

Wir werden um Aufnahme nachstehenden Aufrufs gebeten: Der Krieg ist zu Ende. Die Folgen des Krieges dauern aber in Gestalt von Armut und drückender Lasten fort. Jeder deutsche Bürger wird seine ganze materielle und moralische Kraft zusammenschließen müssen, um die Erfüllung der harten Pflichten zu ermöglichen, die Deutschland durch den Friedensvertrag auferlegt sind.

Ueber die Pflichten dieses Friedensvertrags hinaus besteht aber noch die andere moralische Verpflichtung des gesamten Volks, für die Opfer dieses entsetzlichen Krieges zu sorgen.

Zwei Millionen deutscher Brüder haben in diesem Krieg den Tod gefunden. Millionen Witwen, Waisen und Kriegseltern sind durch den Krieg in tiefste Trauer und drückende Not geraten. Eineinhalb Millionen Kriegsbeschädigte haben ihre Arbeitskraft ganz oder teilweise eingebüßt.

Seit die Waffen ruhen, hat sich in den Herzen der Kriegsoffer in steigendem Maße das bittrere Gefühl geltend gemacht, als seien sie und ihre Opfer schon halb in Vergessenheit geraten. Ihre Bezüge sind zwar wiederholt erhöht worden, aber in durchaus ungenügender Weise, so daß Mangel und Teuerung, die alle Volksgenossen bedrücken, doppelt schwer auf ihnen lasten. Abermals ist eine enorme Verteuerung der Lebens- und Bedarfsartikel eingetreten. Die Not der Witwen und Waisen wird dadurch bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Das deutsche Volk kann und darf aber nicht untätig zusehen, wie Millionen von Brüdern, Schweftern und Kindern in noch tieferes Elend, aus welchem es überhaupt kein Entrinnen mehr gibt, hinabsinken. Schnelle und taugliche Hilfe ist daher erforderlich, um die sich in größter Not befindlichen Volksgenossen vor dem wirtschaftlichen und sozialen Ruin zu retten.

Die Regierung muß helfen, wenn das gesamte Volk die Bereitwilligkeit ausdrückt, die Lasten zu tragen, die sich aus der Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Witwen, Waisen und Kriegseltern ergeben. Wir wollen keine Almosen, wir wollen nur die Erfüllung der Allgemeinheit gegen uns, wie wir unsere Pflicht gegen sie mit unserem Blut besiegelt haben.

Das deutsche Volk, das in den letzten Wochen die Kraft besessen hat, sowohl für die Gefangenen als auch für die armen Brüder in Oesterreich und die hungernden Kinder in Wien einzutreten, wird gewiß auch bereit sein, in der Unterstützung der eigenen Kriegsoffer bis an die Grenze des Möglichen zu gehen.

## Neues vom Tage.

### Verzicht auf die Auslieferung?

Paris, 15. Febr. Aus italienischen Kreisen wird der „Agence Havas“ gemeldet, daß die Londoner Konferenz beschlossen habe, die Beschuldigten unter der Kontrolle der Alliierten in Leipzig aburteilen zu lassen. Man wolle also auf die Auslieferung verzichten und den durch Deutschland am 25. Jan. gemachten Vorschlag mit einigen Abänderungen annehmen.

## Anforderung der deutschen Handelsflotte.

Berlin, 15. Febr. Nach der „Voss. Ztg.“ ist bei der Reichsregierung eine Note des Verbands deutscher Handelsschiffe eingetroffen, in der die Auslieferung des Rests der deutschen Handelsflotte verlangt wird.

### Entwendete Aktenstücke.

Berlin, 15. Febr. Wie die Kriminalpolizei erfährt, sind aus dem Berliner Steueramt die privaten Steuererklärungen des Reichsfinanzministers Erzberger über sein Vermögen und Einkommen aus den Jahren 1904 bis 1918 auf einige Zeit entwendet worden. Die Erklärungen wurden fotografiert und sollten in einer Schrift veröffentlicht werden. Der Polizei, die alle Druckerereien durchsuchte, gelang es, das ganze Material zu beschlagnahmen.

### Ein ungarischer Vorschlag.

Wien, 15. Febr. Die ungarische Regierung macht den Vorschlag, daß Oesterreich auf Deutsch-Westungarn verzichten solle. Die dort lebenden Deutschen werden eine weitgehende lokale Selbstverwaltung erhalten und Ungarn werde für längere Zeit die Lebensmittellieferung an Oesterreich übernehmen.

### Krieg im Osten.

London, 15. Febr. Es wird berichtet, daß Admiral Kolischak und sein Ministerpräsident Repelajew am 7. Februar von den Russen in Irkutsk ermordet worden sind.

### Ein anderer Wind.

Paris, 15. Febr. Der „Temps“ schreibt, man solle die beschuldigten Deutschen in Abwesenheit aburteilen. Es gebe wichtigere Dinge, als die Auslieferung. Deutschland lerne an, wieder mehr Geschmack an der Arbeit zu finden. Wenn es die Rohstoffe hätte, könnte es ausführen und die Bezahlung seiner Verbindlichkeiten wieder aufnehmen. Das liege im Interesse Frankreichs. Deutschland könne aber nicht arbeiten, wenn es sich nicht ernähren könne. In zwei Monaten müsse Deutschland 1 1/2 Millionen Tonnen Lebensmittel einführen, wofür es nach dem jetzigen Geldstand 13 1/2 Milliarden bezahlen müßte. Dazu sei es nicht imstande. Die Verbündeten müssen, wie Holland getan, Deutschland Kredit gewähren, auch wenn man deshalb den Friedensvertrag abändern müßte.

London, 15. Febr. Wie verlautet, will die englische Regierung sich zufrieden geben, wenn das Reichsgericht in Leipzig die Untersuchung gegen die Beschuldigten einleitet.

### Vom Völkerbund.

Bern, 15. Febr. Der Völkerbundrat hat die Bedingungen, unter denen die Schweiz in den Völkerbund einzutreten bereit ist, angenommen. (Darnach ist also die Schweiz nicht verpflichtet, an militärischen Maßnahmen, die der Völkerbund anordnet, teilzunehmen oder fremde Truppen durch die Schweiz ziehen zu lassen.) Die nächste Sitzung des Völkerbunds wird in Rom stattfinden.

Haag, 15. Febr. Bei der Beratung über den Beitritt Hollands zum Völkerbund erklärten mehrere Redner, sie können sich für den Beitritt nicht begeistern, sie werden aber nicht gegen den Beitritt stimmen. Der Christlich-Sozialer van der Laan lehnte ihn entschieden ab, weil der Völkerbund nur den Zweck habe, die Besiegten zu unterstützen. Von anderen Parteien wurde die Regierung aufgefordert, dahin zu wirken, daß dem Völkerbund eine Form gegeben werde, die ihn geeignet mache zu einem auf dem Recht begründeten Gemeinwesen. Er solle ein pflichtmäßiges Schiedsgericht für internationale Streitigkeiten bilden, zu dem alle zivilisierten Staaten, die es wünschen, zugelassen seien.

### Lausung zurückgetreten.

Washington, 1. Febr. Die Regierung hat das Rücktrittsgebet des Staatssekretärs des Auswärtigen Lausung angenommen.

### Meuterei in Fiume.

Mailand, 15. Febr. Annunzio hatte, wie der „Avanti“ berichtet, zwei Hauptleute des 20. Sturmataillons verhaften lassen. Darauf meuterten Soldaten der Brigade Sessa und des Bataillons und verbrüderten sich in der Kaserne. Die Lage wurde so drohend, daß Annunzio die Befehle der Offiziere verwarf.



Ministertagung.

London, 12. Febr. Minister ist mit Foch, Marjal und Berthelot zur Konferenz der Ministerpräsidenten...

Produzenten und Konsumenten.

Berlin, 12. Febr. Zur Beratung der Maßnahmen, die zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion...

Paris, 12. Febr. Der deutsche Gesandte Dr. Mayer ist heute nach Paris beigest.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 12. Febr.

Nach der Abstimmung über die Anträge betr. Wein- und Höchstpreise geht das Haus zu Anträgen über...

Auf eine Anfrage Zerkin (Unabh.) betr. eine in der Presse wiederholte Äußerung des Polizeidirektors...

Die Anfrage Herrmann-Linkenheil (D.) betr. die Anpassung verschiedener Bestimmungen der Bauordnung...

Das Gesetz über die Gewährung von Teuerungszulagen an Körperlichschwache wird dem Ausschuss für Gemeindefällen usw. überwiesen.

Der Achtsundentag.

Man geht hierauf über zu dem Antrag des Finanzausschusses zu der Eingabe der Handwerkskammer Stuttgart...

Ekkehard.

Von Viktor Scheffel.

So er die enge Burg verlassen, dann wohnen, Wir folgen ihm und greifen im offenen Feld ihn an...

nahtiger empfangt und nicht nur in besondern Umständen...

Abg. Henne (D.D.P.) führt aus, das Handwerk weise die uneingeschränkte Übertragung des Achtstundentags...

Abg. Th. Fischer (D.D.P.) bezeichnet es als ein freies Unrecht, wenn dem Handwerk die Fessel der achtstündigen Arbeitstags auferlegt werde...

Abg. Eisele (S.) wendet sich gegen jede Durchschiebung des Achtstundentags. Das Handwerk leide mehr unter der Schmutzkonkurrenz als unter den hohen Arbeitslöhnen.

Abg. Schuler (F.): Durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die Handwerksbetriebe auf dem Lande würde die Volksernährung ernstlich gefährdet.

Abg. Herrmann (D.D.P.) der Autorität der Regierung werde mehr geschadet durch die Aufrechterhaltung von Verordnungen, die sich als undurchführbar erweisen...

Der Landtag hat den Antrag Haag (D.D.P.) und Wulle (D.D.P.), die Höchstpreisregelung für Wein, die Beschlagnahmen und Strafen aufzuheben...

Die erste Lesung des Volksschulgesetzes soll am Freitag und Samstag dieser Woche erfolgen.

Der Abg. Hiller (D.D.P.) hat den Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung die Einführung der Konzeptionspflicht...

Württemberg.

Stuttgart, 13. Febr. (Mahnung an die Verkehrsbeamten.) Gegenüber den Beschuldigungen, daß das Eisenbahn- und Postpersonal den Schleichhandel...

Stuttgart, 13. Febr. (Theatervorstellungen für Arbeiter.) Die Angestellten und Arbeiter des Württ. Landestheaters haben nach der „Schw. Tagwacht“...

Mit Speise und mit Trank war er die maeren Steder, Und auf den Schild gelagert war er zum Schlaf hin nieder...

Stuttgart, 13. Febr. (Straßenbahn.) Der Chef der Straßenbahnen ist dank der Vermittlung des Verkehrsministeriums...

Stuttgart, 13. Febr. (Wilhelma.) Die berühmten Gewächshäuser der Wilhelma in Cannstatt werden am 16. Februar wieder für den Besuch geöffnet.

Schörlingen a. F., 13. Febr. (Streik.) Der Bahnbau Rohr-Weinfelden-Schörlingen wurde am Donnerstag früh eingestellt...

Marktardt, 13. Febr. (Brand.) Gestern Nachmittag brannte die Gemeindefeuer, in der der Farnestall untergebracht ist, vollständig nieder.

Gerabronn, 13. Febr. (Gewitter.) Gestern nach gegen 2 Uhr hatten wir ein schweres Gewitter.

Aulendorf, 13. Febr. (Eine scharfe Kampfsage.) Auf dem neulich hier abgehaltenen Katholikentag sprach Weihbischof Dr. Spröhl über die Schulfrage.

Friedrichshafen, 13. Febr. (Uebersiedlung des Herzogspaares.) Am Donnerstag ist das württ. Herzogspaar von Bebenhausen hier eingetroffen.

Stuttgart, 13. Febr. (Spielplan des Württ. Landestheaters.) Grotes Haus. 15. Febr. Wallfäre (Auf. 4 1/2 Uhr).

Das neue badische Wappen. Auf das Preisanschreiben für die Erlangung von Entwürfen für ein neues badisches Wappen...

Baden.

Karlsruhe, 13. Febr. Die nächste Sitzung des badischen Landtags findet am kommenden Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr statt.

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung befaßte sich mit verschiedenen kleineren Anträgen...

Da weinet ja Weibchen und Mägd' so schön' g'ruad, Daß sehn, ob du auch heute um Lohn gebunden das Mägd'...

Die für die Fellen-, Holz- und Ziegenwollhaltungen verordnete Eingabe des Bundes für Volksaufklärung auf sofortige Beschlagnahme aller Kriegsgewinne, Entfernung der Juden aus öffentlichen Ämtern, Veröffentlichung von jüdischen Sondergesetzen wurde als nicht geeignet von der Beratung abgelehnt. — Sodann berichtete der Direktor des Gewerbeaufsichtsamts Rimmann über die Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Die Eingabe, die von Wertheimer Interessenten stammt, wird der Regierung mit dem Ersuchen dahin überwiesen, daß 12 Einkaufssonntage geschaffen werden sollen.

**Karlruhe.** Der siebte Nachtrag zum Staatsvoranschlag ist eben erschienen. Er enthält im ordentlichen Etat für 1919 an Ausgaben die Summe von 146 411 Mark, die ganze Summe entfällt auf das Ministerium des Kultus und Unterrichts. Im außerordentlichen Etat für 1919 sind vorzusehen an Ausgaben 11 052 130 Mark an Einnahmen 301 875 Mark. Diese Einnahmen röhren her aus dem Erlöse der Auslagen für die an die Mannschaften der Staatspolizei und der Gendarmen abgegebenen Stiefel. Von der Ausgabe des Ministeriums an außerordentlichen Etat für 1919 auf das Ministerium des Kultus und Unterrichts 998 000 Mark, des Kultus und Unterrichts 3 379 100 Mark, des Innern 4 997 930 Mark, für militärische Angelegenheiten 60 000 Mark, für soziale Fürsorge und öffentlichen Arbeiten 1 535 000 Mark, der Finanzen 83 000 Mark.

**Surlach, 13. Febr.** Eisenbahnsekretär Schreckenberger von hier wurde wegen Verdachts der Bestechung und Hieb von Bahngeldern verhaftet.

**Ziefenbrunn b. Eppingen, 13. Febr.** Einbrecher stahlen hier aus der Zigarettenfabrik Hagenheimer u. Co. 28 000 Zigaretten im Wert von 20 000 Mark und 16 Pfund Tabak im Wert von 2 000 Mark.

**Mühlheim, 13. Febr.** Die Lokomotive eines Riezzugs streifte am Dienstag nachmittag auf dem hiesigen Bahnhof den Personenzug des von Basel kommenden Güterzugs. Der nächstfolgende Personenzug und drei Postwagen wurden umgeworfen. Wunderbarerweise wurde weder von den Reisenden noch von den Postbeamten an den umgestürzten Wagen jemand verletzt. Ein Postverwalter wurde herabgeworfen, er hat sich leicht verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend.

**Donauwörth, 13. Febr.** Da ein Teil der Landwirte in unserem Bezirk die Erntemenge an Hafer, Bohlen und Erbsen nicht abgerechnet hat, ordnete das Bezirksamt die Enteignung sämtlicher Vorräte an Hafer und Hülsenfrüchten bei den betreffenden Besitzern an.

**Insel Mecklenau, 13. Febr.** Die Untersuchung gegen die Mecklenauer Schmuggler zieht immer weitere Kreise. Die Gendarmen haben bereits 9 Verhaftungen vorgenommen. Wie bekannt wird, haben die Schmuggler in der Schweiz das Ei zu rund 40 Rappen oder noch der deutschen Währung zu 5 bis 6 Mark verkauft und damit in glänzendes Geschäft gemacht.

## Bermischtes.

**Verhandlung des Niederwalddenkmals.** Nach der „Wiesbadener Zig.“ besteht die Absicht, das Hotel Jagdschloß Niederwald und die Gastwirtschaft an der Bahnabfahrt abzubrechen, den Eichenwald umzuhaufen und in der Nähe des Schilling'schen Nationaldenkmals ein Riesenhotel zu erbauen. Eine Geldgesellschaft soll bereits den Grund und Boden dazu erworben haben. Das Blatt erhebt Einspruch gegen diese barbarische Verhandlung des Denkmals.

**Bemerkenswerte Strafe.** In einer Kistenfabrik entschied sich der Arbeiterstreik. In die „Adri. Zig.“ meldet, einstimmig dafür, 9 1/2 Stunden zu arbeiten. Der Arbeitgeber, der sich damit einverstanden erklärte, wurde aber bestraft, weil er seine Arbeiter über den Achtstundentag beschäftigt habe. Die Strafe wurde in allen Instanzen bestätigt.

**Streit und Brotmangel.** In der größten Brotfabrik Wiens legten die sozialdemokratischen Arbeiter die Arbeit nieder, weil sie nicht organisiert werden in der Fabrik beschäftigt wurde. Die Folge war ein großer Brotmangel. Die Regierung hat daher den Betriebsinhaber veranlaßt, den nicht organisierten Arbeiter zu entlassen.

**Die Grippe** tritt nun auch in Berlin heftig auf. Häufig ist sie von Lungenentzündung begleitet.

**Die Schwärzer.** Wie berichtet, ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Wien der Leiter der Reichsbankersparbankgesellschaft m. b. H. Nathan verhaftet. Die Bücher und die Bankausweise der Gesellschaft in Höhe von 120 Millionen Mark wurden beschlagnahmt. Mehrere große Firmen in Wien hatten nach Aufhebung der Blockade aus Holland größere Sendungen von Veringen usw. angekauft zum Preis von 375 bis 405 Mk. die Tonne. Die Reichsbankersparbankgesellschaft hatte dies erfahren. Sie ließ die Sendungen beschlagnahmen und übernahm sie selbst, wobei sie einen Preis von 25,85 bis 28 Mk. die Tonne an die Wiener Firmen bezahlte. Diefelben Fische stellte die Gesellschaft dann den Firmen wieder an und verlangte einen Preis von 450 Mk. die Tonne. Die Firmen erstatteten Anzeige wegen widerrechtlicher Veräußerung, Schleichhandels und Wuchers, worauf das Verfahren eröffnet wurde.

**Teuerung.** Auf Deutschland werden derzeit für ein Paar Stiefel bis zu 100 Mk. bezahlt. Das ist gewiß ein unerhörter Preis, aber alles ist schon einmal dagewesen. In Frankreich wurden, wie wir in einem interessanten Aufsatz „Kassa und Staatsbankrott“ von Dr. A. Knapik (M. F. Köhler, Weimar) lesen, in der Revolutionszeit 1794 für ein Paar Stiefel noch heutigen französischen Geld 20 000 Franken bezahlt. Für ein Mittags- und Abendessen für eine Person 5660 Franken, für 12 Birnen 120 Franken. Die Teuerung hina mit der Entwertung des Gelds, der sogenannten Assignaten, zusammen. Am November 1789 hatte die französische

Nationalversammlung die Entziehung der Güter der Kirche und der geflohenen Adligen beschlossen und sie gab zur Verteilung der unachteren Staatslasten Anweisungen auf diese Güter, die 1791, mit 45 000 000 Mark, die schließlich 1796 eine Höhe von 25 1/2 Milliarden erreichten. Im Jahr 1792 war ihr Wert schon auf die Hälfte gesunken, 1794 auf 20 Prozent, 1796 auf 1/4 Prozent und kurz darauf wurden sie für ungültig erklärt.

**Verreichlichung oder Verreichung?** Durch die neue Reichsverfassung und ihren Ausbau werden viele Einrichtungen, Behörden und Anstalten, die seither solche der Einzelstaaten (oder, wie man jetzt wohl, der Länder) waren, in solche des Reichs umgewandelt oder übergeführt. Für diesen Vorgang hat man zuerst das schiefliche Wort „Verreichlichung“ gebraucht, offenbar in Anlehnung an „verstaatlichen“ und „Verstaatlichung“. Bald hat man aber bemerkt, daß die neue Wortbildung sich durch diese Anlehnung nicht rechtfertigen lasse, weil es von „Reich“ kein Eigenschaftswort „reichlich“ gibt, wie von „Staat“ — „staatlisch“. Remerks ist daher an die Stelle von „Verreichlichung“ in Wort und Schrift die Bildung „Verreichung“ getreten, ein Wort, das jedesmal, wenn man es hört oder liest, ein Grauen erregt! Es klingt geradezu abschreckend und ist ganz falsch gebildet. Wer es zuerst gebraucht, hat vielleicht an „bereichern“ und „Verreichung“ gedacht und hat ohne weitere Überlegung, jedenfalls ohne feineres Sprachgefühl, danach „verreichern“ und „Verreichung“ gebildet. Dabei ist ganz übersehen, daß „bereichern“ und „Verreichung“ nicht von dem Eigenschaftswort „reich“ in der Positiv-Form, sondern von seinem Komparativ, der Steigerungsform „reicher“, gebildet sind, daß es aber keinen Komparativ vom Hauptwort „Reich“ (regnum) gibt. Suchen wir aber ein wenig nach andern Wörtern unseres deutschen Sprachschatzes, die einen ähnlichen Vorgang bezeichnen, die Überführung aus einem Possivum in ein anderes, oder aus einem Herrschaftskreis in einen anderen, so gelangen wir wohl zur Erkenntnis, wie das treffende Wort für unsern Fall wird lauten müssen, wenn es gut deutsch sein soll! Da wissen wir nun alle längst, daß die Italiener das deutsche Substantiv „verwählen“ wollen (nicht verwählen oder verwählen) und daß die Tiroler der Herren Franzosen gar zu gern — nicht verfranzösischen oder „französisieren“ (!), sondern verfranzosen, wir hoffen aber, daß die Verfranzosung ihnen trotz 15jähriger Besetzung nicht gelinge! Die Sprachbeispiele, wozu auch das Wort „Verreichung“ gehört, liegen sich leicht vermehren; auf ähnlichem Gebiet liegt z. B. das Wort „eingemeinden“ und „Eingemeindung“, „einkreisen“ und „Einkreisung“. Danach scheint kein Zweifel bestehen zu können, daß es richtig deutsch nur heißen kann: verreichen und Verreichung.

**Von den Gefangenen.** Der Volksbund um Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen teilt mit, daß die Nachricht der „Westfälischen Zeitung“ in Turkestan seien 16 000 Gefangene an Hunger und Krankheit zugrunde gegangen, nicht den Tatsachen entspricht. Dem nach Deutschland zurückgekehrten Leiter der deutschen Fürsorgekommission, Leutnant Brendel, ist bekannt, daß sich in Turkestan im ganzen 26 000 österreichische und 2 800 reichsdeutsche Kriegsgefangene befinden, deren Lage allerdings sehr schlecht ist.

Was, abgesehen von aller materiellen Not, die Lage unserer Gefangenen in Sibirien so verzweifelt macht, ist das völlige Abschneiden von der Heimat und den Angehörigen. Es ist darum besonders zu begrüßen, daß der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen einen Weg gefunden hat, Größtenteils von Angehörigen an die Gefangenen in Sibirien und Turkestan gelangen zu lassen. Der Bund bittet die Angehörigen, die von dieser Gelegenheit Gebrauch machen wollen, seiner Geschäftsstelle (Berlin S. W. 68, Lindenstraße 35) möglichst rasch nach folgender Muster ausgefüllten Nachrichten zuzuschicken: Familienname und Vorname des Gefangenen, Regiment, Lageradresse, kurze Mitteilung — ob gesund —, Größe und Unterschrift der Angehörigen.

**Neue Preisfestsetzung für Lebensmittel.** Die bereits angekündigte Preisregulierung für die nächste Ernte wird sich folgendermaßen gestalten: Für Roggen ist ein Erzeugerpreis von 45 Mark, für Weizen von 50 Mark und für Kartoffeln von 20 Mark der Zentner in Aussicht genommen, der freie Handel mit Hafer wird wieder aufgehoben.

**Zur Bestimmung über die Kapitalflucht.** Gemäß § 9 der Kapitalfluchtverordnung vom 14. Januar 1920 finden die für den Auslandsverkehr mit Auszahlungen, Akkreditiven, Wechseln, Schecks, Anweisungen usw. gegebenen steuerlichen Kontrollvorschriften keine Anwendung, wenn es sich um einzelne Beträge von nicht mehr als 3000 Mark oder deren Wert in ausländischer Währung handelt. Die Umrechnung des Betrages der ausländischen Währung hat zum Tageskurs zu erfolgen.

**Frühverlängerung für die Steuererklärung.** Nach einer Berliner Meldung wird die Frist für die Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs über den 15. Februar hinaus nochmals verlängert.

**Kriegsanleihe und gemeinnützige Unternehmungen.**

Die gemeinnützigen Unternehmungen, wie Sparkassen, Genossenschaften usw. haben seinerzeit hohe Beiträge auf die Kriegsanleihen geleistet. Die Kurse der Kriegsanleihen sind aber mittlerweile stark gesunken und die Unternehmungen dadurch rein rechnerisch eine entsprechende Vermögensminderung erfahren. Da nun das Handelsministerium voranschreibt, daß Wertpapiere in den jährlichen Geschäftsabstimmungen zum Wert eingereicht werden müssen, den sie zur Zeit des Geschäftsabchlusses haben, so ist die Möglichkeit gegeben, daß manche Sparkassen oder Genossenschaft nach dem Bilanzausweis ar-

beit Verrechnungen als Vermögen besitzt, obgleich sie in Wirklichkeit durchaus geschuldet sind. In einem solchen Fall müßte nach dem Handelsgesetz der Konkurs angemeldet werden. Um diese Härte zu vermeiden, ist eine Verordnung erlassen worden und der Reichsrat hat ihre Berechtigung geahndet, das gemeinnützige Unternehmen von der genannten Vorschrift des Handelsgesetzes, soweit Kriegsanleihen in Frage kommen, befreit werden.

**ep. Ein verdienter Ehrendoktor.** Die Universität Rostock hat am Tag ihrer 500jährigen Jubelfeier dem langjährigen Stadtvorstand von U. M. a. D. Heinrich Wagner, wegen seiner großen Verdienste auf dem Gebiete der Wohnungspolitik den Ehrendoktor der Medizin verliehen.

**Aufhebung der bayerischen Viehmärkte.** In Bayern waren seit September v. J. die freien Viehmärkte verfahrensweise wieder zugelassen worden. Wie aber die Fleischversorgungsfelle besaß, haben die freien Märkte zu einer ungeheuren Preissteigerung geführt; es sei den Landwirten unmöglich, zu erträglichen Preisen Kuh- und Jungvieh zu verkaufen. Außerdem sei die Aufbringung des Schlachtviehs gefährdet. Die freien Märkte wurden daher wieder aufgehoben.

**Teurer Pelz.** Einem Jagdpächter in Gredlingen wurden für einen Fischotterpelz von einer Würzburger Firma 2500 Mk. bezahlt. Die ungeheure Wertsteigerung der Pelzpreise hat ihren Grund nicht nur in der Geldentwertung, sondern auch darin, daß seit Jahren keine russischen Pelze mehr auf den Markt kommen.

**Mordmord.** In Paris wurde der Perlenhändler Samuel Herscht überfallen und ermordet. Perlen im Wert von 800 000 Franken und 15 000 Franken in bar, die er bei sich trug, wurden geraubt.

**Strandung.** Der amerikanische Dampfer „Westala“ (8000 Tonnen), von New York nach Hamburg mit Stahlgut unterwegs, ist an der nordholländischen Küste bei der Insel Terhelling gestrandet. Die Besatzung wurde gerettet.

**Juder aus Holz.** Der Holzstoffabrik Badhof wurden zwei Verfahren patentiert, die die Umwandlung von Holz in Juder zum Gegenstand haben. Das Patent ist aber bei den schwierigen Rohstoffverhältnissen zurzeit wenig von Bedeutung.

**Die Ernte von 1919.** Nach den Zusammenstellungen des statistischen Reichsamts wurden geerntet (in Tonnen): Winter- und Sommerweizen 2 169 139 (1918: 2 336 896), Winter- und Sommerroggen 6 104 444 (6 676 871), Winter- und Sommergerste 1 910 363 (2 035 830), Hafer 4 493 698 (4 381 222), Getreide 10 699 (88 198), Kartoffeln 21 449 186 (21 744 163), Zuckerrüben 5 817 817 (8 611 006).

**Die Speisefarte.** Bei den Verhandlungen der Gastwirteverbände mit dem Reichswirtschaftsminister bestanden dieser, es erzeuge berechtigten Anstoß, wenn die Speisefarten der Gaststätten eine Reichhaltigkeit rationierter Lebensmittel aufweisen, die von der Friedenszeit nicht überboten werde. Es müsse verlangt werden, daß die Vorschriften über die Speisefarte (nicht mehr als zwei Fleischgerichte usw.) eingehalten werden. Die Vertreter entgegneten, daß man auch in Gastwirtschaften wünsche, daß gegen Überreibungen, namentlich in den Augustokalen, eingeschritten werde. Die Reichsbildung der Speisefarte sei aber nicht immer ein Beweis für großen Verbrauch, es komme auch darauf an, wie ein Gastwirt die rationierten Lebensmittel zu verwerten vermag.

**Zuckerproduktion.** Im Dezember wurden im deutschen Zollgebiet verarbeitet 16,46 Millionen D. Neben 16,55 Millionen im November, Rohzucker 0,69 Millionen D. (im Nov. 0,61). Geerntet wurden insgesamt 1,94 Mill. D. Rohzucker und 0,25 Mill. D. Kristallzucker. Seit 1. September beläuft sich die Produktion auf insgesamt 2,75 Mill. D., gegen 4,09 Mill. D. im Vorjahr. In den freien Verkehr wurden im Dezember an kristallisiertem Zucker 0,77 Mill. D. gesetzt, insgesamt seit 1. September 2,83 Mill. D. gegen 3,86 Mill. D. im Vorjahr.

**Der Haferpreis** ist an der Berliner Börse nach vorübergehender Senkung auf 200 und 205 Mark der Zentner gestiegen. Ankäufe wurden besonders von den großen Mühlenwerken in Schlesien gemacht. — Für Weizen aus der Ernte 1920 ist ein Preis von 115 Mark in Aussicht genommen.

Nach dem „Berl. Tagebl.“ hat der preuß. Justizminister die Staatsanwaltschaft in Essen angewiesen, die Haftentlassung Nathans zu veranlassen.

Die Essener Staatsanwaltschaft hat sich entschieden gegen die Haftentlassung ausgesprochen.

**Gesunkene Tauchboote.** Nach einer Meldung aus Washington sind zwischen der virginischen Küste und den Bermudas-Inseln 5 amerikanische Tauchboote gesunken. Das deutsche Segelschiff „Denning“ (120 Tonnen) aus Arnis (Schleswig) ist seit 8. Januar verschollen.

**Der Silberabbau** soll in Sachsen zunächst in kleinerem Maße wieder aufgenommen werden.

**Die achtstündige Arbeitszeit** ist im Reichsfinanzministerium statt der bisherigen siebenstündigen eingeführt worden.

**In die Fremdenlegion** sind in der Woche vom 18. bis 24. Januar über 300 junge Deutsche durch trügerische Vorspiegelungen verlockt worden. Sie mußten sich auf 5 Jahre verpflichten.

## Handel und Verkehr.

**Leunberg, 12. Febr.** (Subjunktionspferdemarkt.) Der Auftrieb kann auf etwa 1200 Pferde geschätzt werden. Die Nachfrage war stark. Die Preise hielten sich für mäßig wie folgt: Leichtere Fohlen 6000 Mk., ältere Fohlen bis 14 000 Mk., leichtere Pferde 15 000 Mk., mittlere Pferde 16 000 Mk., schwere Pferde bis zu 25 000 Mk.

## Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

**Geldmarkt.** Die Valuta hat sich in der letzten Berichtwoche im allgemeinen wenig verändert. Die deutsche Mark notierte in Zürich immer etwa 6 Rappen oder einen Bruchteil darüber. Etwas beruhigend hat auf dem Geldmarkt die Silberbeschlagsnahme durch die Reichsregierung gewirkt. Bloß kam sie viel zu spät. Das meiste Silber befindet sich schon in den Händen der Industrie. Den Höhepunkt zeigte wohl neulich ein Florabremer Inserat in der „Badiſchen Presse“, worin 30 Mark Papier für eine Silbermark und 600 Mark Papier für ein Zwanzigmorkstück geboten wurden. Es soll sich aber um Schwindel oder groben Unfug gehandelt haben.

**Börse.** Immer wieder liest man in wirtschaftlichen Wochenberichten von einem Abflauen der Hausstrebens an den deutschen Börsenplätzen. Das ist eine Irrführung. Wenigstens hat das Börsengeschäft in Berlin und Frankfurt während der letzten acht Tage, an denen es — nebenbei bemerkt — dreimal ausfiel, den Einbruch erweckt, als wenn die Hausse wie eine Naturkraft wirkte, für die es weder Gründe noch Gegenstände gibt. Merkwürdig ist folgendes: Solange die Auslandsvaluten ihren stürmischen Weg aufwärts einschlugen, leisteten die in Betracht kommenden Effektgattungen in gleich stürmischer Weise Vortritt. Je höher die deutsche Mark, desto höher die Valutapapiere. Jetzt, wo eine Abkühlung in der Siebehe der Auslandsvaluten eintrat, steigten die in Betracht kommenden Effekten, alle Valuta- und Auslandswerte, unbeirrt weiter, der deutliche Beweis für die Ungefährlichkeit und Verhältnißlosigkeit dieser Spekulation. Das Publikum scheint in den Aktienwerten eine Art Risikoversicherung gegen wirtschaftliche und Währungsrisiken zu suchen und kauft, was es erschaffen kann. Charakteristisch ist die Hinmüßigkeit der Canada-Aktien um über 2000, ein Papier, das noch vor 5 Jahren nicht mit dem zehnten Teil gehandelt wurde, ohne inzwischen seine Dividende nennenswert gesteigert zu haben. Kursstärkung um 50—100 Prozent waren wieder an der Tagesordnung. Ähnlich sind auch die festverzinslichen Anleihewerte in den Tausend mit einbezogen. Aprozente Frankfurter Stobanleihe mußte neulich in Frankfurt ohne Kurs bleiben, weil er an einem Tage von 114 auf 124 hinaufgetrieben werden sollte. Kriegsanleihe bleibt 77 1/2. Aprozente Würtemberger zogen auf 81 an.

**Produktenmarkt.** Wie es heißt, soll die Freizuge des Habers zurückgezogen werden: Er notierte diese Woche im freien Verkehr mit 350 Mk. der Doppelzentner. In Heu und Stroh waren die Preise gleichfalls fest, sind aber nicht weiter gestiegen. Im neuen Getreidejahr ist eine Erhöhung der Erzeugerpreise für Roggen auf 90 und für Weizen auf 100 Mk. der Doppelzentner vorgesehen. Der Rentner Herbstarbeitslohn soll mit 25 Mark normiert werden.

**Warenmarkt.** Die von anderer Seite berichtete starke Entwertung der Wolle von 3000 Mk. auf die Hälfte scheint sich nicht zu bestätigen. Auf der letzten Londoner Wollauktion sind die Preise festgeblieben; nur große Grobwebe mußten zurückgezogen werden und haben offenbar einen Preisrückgang erfahren, der aber nicht auffällig gemeldet wird. — Baumwolle blieb unverändert fest. — Auf dem Häute-, Fell- und Ledermarkt wurden zum Teil wieder höhere Preise bezahlt. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als nach Möglichkeit die Zwangswirtschaft für Häute und Leder wieder anzukü-

nnen, und dabei aber dem übertriebenen Verbrauch von Leder für Luxusgegenstände entgegen zu treten. — Als Folge der Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise haben sich in dieser Woche die Preissteigerungen aller davon abhängigen Erzeugnisse fortgesetzt. — Zement und Ziegelsteine sind vom Markt verschwunden. Die Lage des Baugewerbes wird täglich schlimmer.

**Viehmarkt.** Die Pferdepreise haben nochmals angezogen. Das Geschäft auf dem Pommberger Kubisau-Markt war äußerst flott. Die Vieh- und Schweinepreise hielten sich auf der alten Höhe. Die Viehmärkte haben wegen der Seuchennote fast aufgehört. Milchschweine kosten 400—600 Mk. das Paar.

**Holzmarkt.** Die Nachfrage nach Nadel-Hundholz ist nicht zu befriedigen. Die Preise sind jetzt schon über 1000 Prozent der forstlichen Umschläge hinaufgetrieben worden, doch ist von den verschärften Ausfuhrbestimmungen eine Besserung zu erhoffen. Bauholz kostet 1000 bis 1200 Mk. der Festmeter. Unfortierte Bretter stellen sich im Erzeugungsbereich bis auf 1200 Mk. In den letzten Tagen gewann man den Eindruck, daß der Großhandel gegen solche Preise Zurückhaltung annimmt.

**Wildbad, 13. Febr. (Sitzung des Gemeinderats.)** In der heutigen Gemeinderatssitzung hielt Oberbaurat Eugenhan von Stuttgart einen Vortrag über den von ihm aufgestellten Entwurf der Ausnützung der Wasserkraft im obern Engtal, nachdem zuvor im Laufe des Vormittags eine Besichtigung des Baugeländes stattgefunden hatte. Wir entnehmen den Klaren und eingehenden Ausführungen das Folgende.

Die obere Eng eignet sich in vierfacher Beziehung in besonders hervorragendem Maß gegenüber andern Flüssen zur Kraftnutzung und zwar hinsichtlich der Größe der Niederschlags- und Abflußverhältnisse, des Längsgefälles, der Bewaldung und der Eisführung. Die jährliche Niederschlagshöhe und der dadurch bedingte sekundliche Wasserabfluß ist etwa 1 1/2 mal so groß als der Landesdurchschnitt (1250 mm zu 850 mm). Das Längsgefälle auf 1 km beträgt 10 m gegenüber dem des mittleren Neckars und der Donau von 1 m und dem der untern Eng mit 3 m. Wenn daher beispielsweise einem Werkkanal ein Gefälle von 0,25 m gegeben wird, so erhält man an der obern Eng auf 1 km 9,75 m Ruhgefälle gegenüber 0,75 am Neckar, also 13 mal mehr. Durch die Bewaldung, die mit 40% dreimal größer ist als im Landesdurchschnitt, wird die Gesehebildung vermindert; die Moos- und Waldstreuschichten, sowie die Hochmoore verlangsamen den Abfluß und wirken ausgleichend und die zahlreichen Quellen des Tals schließlich, deren Wasser 6—8° R. Wärme hat, mindern die Gefahr der Bildung von Grund- und Treibeis, das übrigens beim Abstrich über die Stromschnellen und Felsblöcke zerfällt und zerklüftet wird.

Für die Frage, welche Flußtrede zur Ausnützung gelangen soll, war der Umstand entscheidend, daß zwischen dem Pumpwerk der Schwarzwaldbasserverföhrung an der Mündung des Kälberbachs und der Windhoffjägmühle tatsächlich keine Kraftnutzung statfindet und daß über diese 5 km lange Flußtrede mit w. 50 m Ruhgefälle daher verfügt werden kann. Die Frage, ob diese Gefällstufe, sei es mit oder ohne Benützung bestehender Wässer- und Flußwehre in 1, 2, 3 oder mehr Kraftwerken ausgenützt werden soll, wurde aufs eingehendste untersucht; der Entscheid fiel aus rein wirtschaftlichen Gründen auf eine Stufe. Die weitere Frage, ob der Werkkanal dem linken oder rechten Talhang entlang geführt werden soll, fiel zu Gunsten des letztgenannten aus.

Demzufolge soll wenig unterhalb der Kälberbachmündung ein gewöhnliches Stauwehr in die Eng eingebaut und entlang dem rechtsseitigen Talhang durch den Staats- und Stadtwald ein Werkkanal von 5 km Länge, mit 1 m breiter betonierter Sohle und 1,2 m normaler Wassertiefe bis oberhalb der Windhoffjägmühle geführt werden. Von diesem 50 m über der Talsohle gelegenen Endpunkt soll eine Rohrleitung senkrecht den Berg hinunter und unter der Staatsstraße an der Abzweigungsstelle des Kälberberger Sträßchens hindurch bis in die Talwiesen geführt werden. Von dem dort zu erstellenden Turbinenhaus wird ein kurzer Unterkanal ins Stauwasser der Windhoffjägmühle erforderlich. Die gewonnene Wasserkraft ist, der Jahreszeit entsprechend, wechselnd. Sie wird bei Niederwasser mit 480 Sekundentliter und 48 m Gefälle etwa 230 bei Vollwasser mit 2000 Sekundentliter etwa 1000 Pferdekraften liefern. Im Jahresmittel werden 645 Pferdekräfte oder 2,7 Millionen Kilowattstunden gewonnen.

Mit nicht zu unterschätzendem Vorteil kann der 5 km lange Oberkanal wasserauffpeicherungs-fähig gemacht und damit eine teilweise Anpassung der Kraftzeugung an der während der einzelnen Tagesstunden stark schwankenden Kraftbedarfs ermöglicht werden. Diese in wirtschaftlicher Weise sich vollständig rechtfertigende Maßnahme hätte die Erstellung eines Ausgleichwehres im Talgrund zur Folge, in welchem die während des Tags unregelmäßig abgelassenen Wassermengen gesammelt und aus dem sie mittels einer einzubauenden Ausgleichturbine in einer die Unterlieger nicht schädigenden Weise, auf die 24 Tagesstunden gleichmäßig verteilt, derart zum Abfluß gebracht würden, wie sie im Flußbett oberhalb des Wehres ausfließen. In diesem Ausgleichwerk würde weiterhin eine mittlere Leistung von 55 Pferdekräften oder eine Jahresleistung von 0,5 Mill. Kilowattstunden hochwertiger elektrischer Energie erzielt, so daß die gesamte mittlere Leistung 706 Pferdekräfte und 4,2 Millionen Kilowattstunden betragen würde.

Nach angeführten Berechnungen würde selbst unter den heutigen hohen Preisen für Tagelöhne und Baustoffe eine Kilowattstunde durchlaufend gerechnet, nicht höher als 10 bis 12 Pf. zu stehen kommen.

In der Gemeinderatssitzung folgte eine längere Aussprache über die Wirtschaftlichkeit der Anlage und über weitere auf in Verbindung stehende Fragen. Beschlossen wurde auf Grund des allgemein gehaltenen Entwurfs das Wasserkraftamt der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau gegen Ertrag der Kosten alsbald ein Verleihungs- und Genehmigungs-Gesuch samt Kostenantrag ausarbeiten zu lassen und dasselbe dann öffentlich erläutern zu lassen.

**Feuerversicherung.** Der Jahresbericht der Gothaer Feuerversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit über das 99. Geschäftsjahr 1919 weist folgende Zahlen auf:

Feuerversicherung. Versicherungssummen: 10935749700 Mark, Beiträge: M. 36112968 50 Pf., Schäden: M. 5510 063 10 Pf. — Einbruchdiebstahlversicherung. Versicherungssummen: 1965819000 Mark, Beiträge: M. 4441 757 20 Pf., Schäden: M. 4130 409 10 Pf.

Der Ueberschuß beträgt M. 21622197 40 Pf. Davon kommen zur Rückzahlung an die Versicherten in der Feuerversicherung 60 % der eingezahlten Beiträge, in der Einbruchdiebstahlversicherung wird wegen des außerordentlich ungünstigen Verlaufs dieses Versicherungszweiges in diesem Jahre kein Ueberschuß verteilt.

Die Bank betreibt beide Versicherungszweige nach dem Grundsatz der reinen Gegenseitigkeit.

## Freibank.

Heute Montag abend von 5—6 Uhr wird im Schlachthaus für die Nummern 841 bis 897 pro Kopf 1/2 Pfund Hirschfleisch abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt.

## Zucker.

Die Zuckermarken wollen bis Dienstag Abend bei den Kaufleuten abgegeben werden da der Zucker bereits hier ist.

Städt. Lebensmittelamt.

## Bekanntmachung.

Morgen Dienstag haben die Bäcker und Mehlhändler ihre sämtlichen leeren Mehlsäcke im städt. Mehlhof abzugeben.

Städt. Mehlabgabe: C. Maier.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen :-: Ortsgruppe Wildbad.

Bis längstens Mittwoch, den 18. Februar können beim Kassier Bestellungen auf Textil-, Tabakwaren usw. gemacht werden.

## Wir empfehlen:

Holländische Schinken  
Schweinerippen  
ferner:  
Sauerkraut  
Zwiebeln

Marinaden  
Käucher-Feringe  
Delfardinen  
Apfel-Mus

Pfannkuch & Co. Wildbad.

Allen meinen lieben Gästen, insbesondere meinen lieben Sangesfreunden anlässlich meines Wegzuges ein herzliches Lebewohl  
Carl Domesch jun. u. Familie  
jezt Hotel „Drei Mohren“ Schwab. Gmünd.

## Gothaer Feuerversicherungsbank

auf Gegenseitigkeit.  
Im Jahre 1821 eröffnet.  
Der Ueberschuß des Geschäftsjahres 1919 beträgt für die Feuerversicherung:

## 60 Vom Hundert

der eingezahlten Beiträge, auf die Einbruchdiebstahl-Versicherung entfällt mit Rücksicht auf den außerordentlich ungünstigen Verlauf dieses Versicherungszweiges in diesem Jahre kein Ueberschuß.

Der Ueberschuß wird auf den nächsten Beitrag angerechnet, in den im § 11 Abs. 2 der Banksatzung bezeichneten Fällen bar ausbezahlt.

Auskunft erteilt bereitwilligst die unterzeichnete Agentur.  
Wildbad, im Februar 1920.

Rektor Eppler.

## Zinn aller Art

kauft

Paul Frey, Altensteig.

Näheres bei Ad. Blumenthal, Wildbad.

## Zwei Grundstücke

eines im Delberg, das andere im Stich gelegen hat zu verkaufen.

Wer, sagt die Expedition des Blattes.

## Gesucht

### Abshreiber

möglichst mit Maschinenschrift.

Meldungen unter G. 29

an die Exped. des Bl. erb.

## Derjenige,

der meine Hasen in der Samtagnacht geholt hat, wird aufgefordert, dieselben heute noch wieder an Ort u. Stelle zurückzubefördern, andernfalls ich sie durch den Landjäger holen lasse. Der Täter ist erkannt.

C. Pfeiffer.

## Inserate

haben in dieser Zeitung besten Erfolg!

## Baugeschichtl. Vorträge

II. Abend:  
Dienstag, 17. Febr.  
(Roman- u. Uebergangsstiel)

III. Abend:  
Donnerstag, 19. Febr.  
(Gotischer Stil).  
Karten bei Paucke und Tritter.

## Zu verkaufen

ein Paar guterhaltene

Kavallerie-Siefel

sowie ein Paar neue abgeänderte

Schnürschuhe.

Hauptstr. 83 II. St.

## Geschäfts-Drucksachen jeder Art

— liefert schnellstens —

die Wildbader Verlagsdruckerei Tel. 33